

Antrag

**der Abgeordneten Dietrich Wersich, Roland Heintze, Nikolaus Haufler,
Heiko Hecht, Thilo Kleibauer, Thomas Kreuzmann, Wolfhard Ploog,
Hans-Detlef Roock (CDU) und Fraktion**

Betr.: Der SPD-Senat muss Verantwortung für die 149 Millionen Euro Mehrkosten durch die Tarifierhöhung übernehmen – Die Bürgerschaft verlangt Transparenz und ein Handlungskonzept

Um die früher üblichen höheren Personalrückstellungen für andere Projekte ausgeben zu können („Pay as you go“) hat der SPD-Senat gegen alle Warnungen für Tarifsteigerungen im Hamburger Haushalt nur eine Vorsorge von 1,5 Prozent pro Jahr berücksichtigt. Gleichzeitig wurde zugesagt, Tarifsteigerungen der Angestellten auch in gleicher Höhe auf die Beamten zu übertragen.

Dieses riskante Vorgehen hat jetzt zu dem zu erwartenden Ergebnis geführt: Der Stadt fehlen nach eigenen Berechnungen des Senats (Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Wersich/Heintze Drs. 20/7195) infolge des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für die Jahre 2013 und 2014 149 Millionen Euro. Statt 1,5 Prozent jährlich liegen die Tarifsteigerungen bei 2,65 beziehungsweise 2,95 Prozent

Bisher schien für den Bürgermeister und seinen Senat die Konsequenz aus höheren Tarifsteigerungen klar:

„Sollten die tatsächlich eintretenden Tarif- und Besoldungserhöhungen über 1,5% hinausgehen, so müssen die Mehrausgaben – sowohl für Aktive als auch für Versorgungsempfänger – durch Umschichtungen innerhalb der jeweiligen Einzelpläne gedeckt werden.“ (Finanzbericht 2013/2014, Seite 36).

Das bedeutet, dass der Bürgermeister keine Bereitschaft zeigt, die politische Verantwortung für die Folgen der eigenen Beschlüsse zu übernehmen, sondern die Behörden und letztendlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt mit den Folgen der Tarifierhöhung alleine lässt.

Durch diesen Kürzungsautomatismus und durch die Streichung jeglicher Tarifrücklagen wären wahllose und drastische Personal- oder Sachmittelkürzungen erforderlich. Da der Anteil der Personalkosten in einigen Bereichen (zum Beispiel Innenbehörde, Justiz, Schulbehörde oder Bezirksämter) bis zu 80 Prozent beträgt, wäre die Streichung Hunderter von Stellen in diesen Bereichen die Folge. Wichtige Funktionen der Stadt wie Bildung, Sicherheit, aber auch die bürgernahen Service- und Dienstleistungen wären bedroht.

Hinzu kommt, dass bereits jetzt in den Behörden sogenannte globale Minderausgaben in dreistelliger Millionenhöhe eingestellt worden sind, die ebenfalls im Haushaltsvollzug eingespart werden müssen. Und bis jetzt ist es dem Senat nicht einmal gelungen, sein Ziel zu erreichen, den Personalaufbau der Verwaltung zu stoppen und jährlich 250 Stellen einzusparen.

Der Senat muss daher endlich seine Regierungsverantwortung wahrnehmen, Parlament und Öffentlichkeit über die Folgen dieser Fehlkalkulation informieren und darstellen, auf welche Weise er seine Verantwortung für die Leistungen der Stadt übernehmen und die fehlenden 149 Millionen Euro finanzieren will.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

der Bürgerschaft bis zum 30. April 2013

- die finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses, die über 1,5 Prozent pro Jahr hinausgehen, für die Jahre 2013, 2014 jeweils für jede Behörde, die sieben Bezirksämter und die LHO-Betriebe und öffentlichen Unternehmen und perspektivisch die strukturellen Mehrbelastungen auch für 2015 und 2016 darzulegen;
- darzustellen, welche Rückstellungen und Rücklagen für die Jahre 2013 und 2014 in der Finanzbehörde bestehen, die noch nicht durch konkrete Verwendungsentscheidungen gebunden sind;
- das politische Handlungskonzept des Senats vorzulegen, mit welchen Maßnahmen in jedem Einzelplan diese Mehrkosten aufgefangen werden sollen und wie dabei gleichzeitig das Gesamtwohl der Stadt politisch gewährleistet wird.